



Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker  
Stadt Köln  
Historisches Rathaus  
50667 Köln

Herrn  
Rafael Struwe  
Ausschussvorsitzender Umwelt  
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Rathaus - Spanischer Bau  
50667 Köln

Bereich Kraftwerke  
Dr. Karsten Klemp  
Telefon: 0221 178-4747  
Telefax: 0221 178-84747  
k.klemp@rheinenergie.com

9. November 2018

– vorab per E-Mail –

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates „DIE LINKE.“  
AN/1319/2018**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
sehr geehrter Herr Struwe,

mit der o. g. Anfrage bittet die Fraktion DIE LINKE. um Beantwortung von fünf Fragen unseren Heizkraftwerks-Standort Merkenich betreffend.

Ziel der Fragen ist es letztlich, die fundamentale politische Position umzusetzen, so schnell wie möglich aus der Braunkohleverbrennung am Standort Merkenich auszusteigen.

Mit Hilfe des Heizkraftwerkes Merkenich werden die Bürger und die Großindustrie (insbesondere die Firma Ford) im Kölner Norden von uns kostengünstig und sicher mit Fernwärme und Prozessdampf versorgt. Dazu werden sowohl Anlagen auf Erdgasbasis, die freie Wärmekapazität der Restmüllverbrennungsanlage der AVG als auch unsere hocheffiziente Braunkohleanlage eingesetzt, wobei letztere das Rückgrat bildet, siehe dazu auch unsere Ihnen vorliegende Stellungnahme „Stand der Untersuchung zum weiteren Betrieb des KWK-Braunkohle-Wirbelschichtkessels im HKW Merkenich der RheinEnergie AG“ vom 03.04.2018.

Als Energieversorger haben wir die Aufgabe, das energiepolitische Zieldreieck (Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit) bestmöglich unter Berücksichtigung der gegenseitigen Abhängigkeiten zu erfüllen. Besonders herauszustellen

...

**RheinEnergie AG**  
Parkgürtel 24  
50823 Köln  
Telefon 0221 178-0  
Telefax 0221 178-3322  
www.rheinenergie.com  
service@rheinenergie.com

Vorstand:  
Dr. Dieter Steinkamp, Vorsitzender  
Dr. Andreas Cerbe  
Norbert Graefrath  
Dieter Hassel  
Achim Südmeier  
Vorsitzender des Aufsichtsrates:  
Bernd Petelkau

Sparkasse KölnBonn  
IBAN DE74 3705 0198 0004 0029 52  
BIC COLSDE33  
Kreissparkasse Köln  
IBAN DE33 3705 0299 0000 0001 10  
BIC COKSDE33

Postbank Köln  
IBAN DE20 3701 0050 0001 9255 00  
BIC PBNKDEFF  
Amtsgericht Köln HRB 37306  
Steuernr. 5217/5785/0020  
USt.-IdNr. DE215409591



ist in diesem Zusammenhang, dass wir die genehmigten Emissionsgrenzwerte stets sicher einhalten. Darüber hinaus ist die Versorgungssicherheit am Heizkraftwerk–Standort Merkenich zu betonen. Wir können keine nicht vertretbaren technischen bzw. kapazitiven Risiken eingehen und damit insbesondere die Dampfversorgung unserer Kunden gefährden. Ein Ausfall unserer Versorgung würde z. B. zu Produktionsstillständen bei Ford führen und gerade dieser Kölner Standortvorteil würde im europäischen Standortvergleich der Automobilproduktion zu einem Nachteil gewandelt werden, der unakzeptabel ist und viele Arbeitsplätze gefährden würde.

In diese Richtung zielen die Fragen 1, 2 und 3 der Anfrage der DIE LINKEN. Wir setzen unsere verschiedenen Wärme- und Stromerzeugungsanlagen stets so ein, dass wir das Zieldreieck optimal erfüllen. Das bedeutet auch, dass es keine Überkapazitäten gibt, die Geld kosten, ohne zur Zielerfüllung beizutragen. Die im HKW Merkenich installierten verschiedenen Erzeugungsanlagen gewährleisten in ihrer Gesamtheit, dass zu jedem Zeitpunkt im Jahr eine vollständige sowie sichere Kundenversorgung erfolgen und auch bei einem realistischen Ausfall von Teilen der Anlagenkapazitäten keine Unterversorgung entstehen kann. Die Randbedingungen für den jeweiligen, oft tagesaktuellen Anlageneinsatz, der unter zur Hilfenahme sehr komplexer und lange entwickelter Expertensysteme ermittelt wird, sind sehr vielfältig, so dass Einzelaspekte zu Fehlinterpretationen führen.

Gerne weisen wir erneut darauf hin, dass unsere Anlagen in Kraft-Wärme-Kopplung betrieben werden und sämtlich das Hocheffizienzkriterium der EU-KWK-Richtlinie erfüllen.

Zu Frage 5: Der Brennstoff Kohle unterliegt gewissen Schwankungen hinsichtlich seiner Zusammensetzung, so dass der Staubgehalt des Reingases an der Schornsteinmündung demzufolge Schwankungen aufweist. Im Jahr 2016 waren die Staubfrachten – wie im Schreiben der Fraktion DIE LINKE. erwähnt – sehr niedrig und bildeten das Minimum innerhalb der letzten sechs Jahre. Der Vergleich der Werte im Jahr 2017 mit dem Mittelwert der letzten sechs Jahre zeigt eine Erhöhung von rund 20 %. Dies ist zum allergrößten Teil auf eine zwischenzeitlich durchgeführte Optimierung des Nettowirkungsgrades der KWK-Anlage und damit einer Optimierung des Brennstoffeinsatzes im Jahr 2017 zurückzuführen. Dadurch werden Anlagen mit schlechteren Wirkungsgraden verdrängt und in Summe CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart. Die Staubemissionen im Jahr 2017 liegen weiter ständig deutlich unterhalb der genehmigten Grenzwerte. Dieses Beispiel zeigt, dass die Fokussierung eines einzigen Parameters, ohne dabei das gesamte System im Blick zu haben, zu falschen Schlüssen führen kann.

Die Antworten zum zweiten Teil von Frage 2, 3 und 4 sind Betriebsgeheimnisse, die wir nicht veröffentlichen möchten. Abschließend noch einige Anmerkungen zum Stand unserer Standortplanung.

Die letzten beiden Absätze unserer o. g. Stellungnahme an den Ausschuss Umwelt & Grün vom 03.04.2018 lauten:

*„Im nächsten Schritt wird nun von RheinEnergie AG geklärt, welche Alternativen zur Bereitstellung der Energie durch den Einsatz von Erdgas anstelle von*

...



*Braunkohle bestehen. Hierzu wird aber eine neue Kraftwerkskapazität am Standort errichtet werden müssen. Als ganz entscheidende politische Randbedingungen insbesondere für die Bewertung der wirtschaftlichen Auswirkungen werden die Ergebnisse aus der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission zum Kohleausstieg (Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“) zu berücksichtigen sein, die Ende dieses Jahres vorliegen und im nächsten Jahr vom Gesetzgeber aufgegriffen werden sollen. Auch eine aktuell diskutierte Reform des Kraft-Wärme-Kopplungs-Fördergesetzes (KWK-G) wird die Überlegungen und Planungen erheblich beeinflussen.*

*Insofern werden im Laufe des Jahres 2018 die umfangreichen Grundsatzuntersuchungen zum Braunkohleersatz fortgeführt, hängen derzeit aber von noch unklaren Rahmenbedingungen ab.“*

Wir sind aktuell dabei, Alternativen auf Erdgasbasis zu untersuchen. Dies ist ein sehr zeitaufwändiges Unterfangen, was hohes energietechnisches und energiewirtschaftliches Know-how erfordert. Solche **Grundsatzuntersuchungen** dauern üblicherweise 1,5 – 2 Jahre. Dies ist in unserem Fall aber nicht schädlich oder zu lang, da in die Entscheidungsfindung für die anlagentechnische Zukunft des Standorts Merkenich und der dazugehörigen Kunden zwingend die Ergebnisse der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ und die dazugehörige Gesetzgebung eingehen. Diese liegen aber noch nicht vor. Analoges gilt für das im nächsten Jahr von der Bundesregierung zu novellierende KWK-Gesetz. Erst dann kann für die RheinEnergie AG sichergestellt werden, dass eine zukunftssträchtige Lösung gefunden wird, in der eine versorgungssichere und wirtschaftlichste Variante für den Kohleausstieg gewählt wird, die gleichzeitig auch für die Stadt Köln die beste Lösung darstellt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Steinkamp".

Dr. Dieter Steinkamp

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Klomp".

Dr. Karsten Klomp